



# NEWSLETTER

## FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND



Foto: Stefanie Riepe.

**„Mit voller Kraft  
beim Lauf - und  
im politischen  
Einsatz!“**

*Moin!*

## BAHNHOFSDACH: ERHALT STATT ABRISS

*Deutsche Bahn muss sich bewegen*

Das Dach der Gleishalle am Oldenburger Hauptbahnhof ist eines der Wahrzeichen der Stadt. Die dreischiffige Stahl- und Glaskonstruktion schützt die Reisenden seit knapp hundert Jahren vor Wind und Wetter. Nicht zu übersehen ist aber leider, dass das Dach über die Jahre gelitten hat. Erst vor drei Jahren wurden die Glasscheiben entfernt, um die Reisenden nicht zu gefährden. Das Baudenkmal wurde zum Stahlgerippe.

Doch statt einer denkmalgerechten Erneuerung, die die ursprüngliche Schönheit wieder herstellt, will die Deutsche Bahn das Dach schlicht abreißen und durch einzelne Bahnsteigdächer wie beispielsweise am Hauptbahnhof Hannover ersetzen. Hierzu hat die Bahn

angekündigt, die Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA) einzureichen. Das EBA hat mir jedoch mitgeteilt, dass dort noch keine entsprechenden Dokumente eingetroffen sind. Es bleibt also noch, wenn auch wenig, Zeit zum Handeln.

Eine denkmalgerechte Instandsetzung trifft auf breite Zustimmung: Die Stadtverwaltung, die Oldenburgische Landschaft, die Deutsche Stiftung Denkmalschutz und auch die Landesregierung setzen sich allesamt für diese Variante ein, die der Bedeutung des Daches für die Oldenburgerinnen und Oldenburger gerecht wird. Auch ich werde nicht nachlassen und an verantwortlicher Stelle weiterhin auf eine denkmalgerechte Lösung drängen.

Was die Bundespolitik in Berlin entscheidet, das wird hier vor Ort umgesetzt – und hat dann ganz unmittelbare Auswirkungen. Deshalb ist es wichtig, dass das, was für Oldenburg und das Ammerland wichtig ist, auch in Berlin auf die Tagesordnung kommt und dass Lokal- und Bundespolitik im ständigen Austausch stehen. Diese Zusammenarbeit kann helfen, beispielsweise für das Bahnhofsdach am Oldenburger Hauptbahnhof (siehe links) gute Lösungen zu finden.

Um dabei mitzuhelfen, bewerbe ich mich am 11. September erneut um ein Mandat im Ammerländer Kreistag und im Gemeinderat Wiefelstede. Ich will weiterhin nicht nur in Berlin, sondern auch ganz direkt hier vor Ort Politik für die Region gestalten. Engagement in der Heimat und in Berlin zusammenzuführen ist unerlässlich für eine weit-sichtige, vernünftige Politik.

*Ever 12's*



# CDU-BLOCKADEN BESEITIGEN: MIETPREISBREMSE NACHSCHÄRFEN

*Mehr Transparenz für Mieterinnen und Mieter*

Vor einem Jahr sind die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip in Kraft getreten. Wie sich gezeigt hat, ist das Bestellerprinzip ein voller Erfolg. Endlich müssen Mieterinnen und Mieter nicht

mehr für Maklerleistungen bezahlen, die sie gar nicht beauftragt haben.

Auch über die Mietpreisbremse, nach der Mieten bei Wiedervermietung nicht mehr unbegrenzt über dem üblichen Mietniveau liegen dürfen, gab es in den letzten Wochen zahlreiche Berichte. Fest steht: Wir werden an dieser Stelle nachbessern müssen. Und zwar, weil die CDU bereits im letzten Jahr alle Regelungen für mehr Transparenz und stärkere Rechte von Mieterinnen und

Mietern bewusst blockiert hat.

Probleme ergeben sich nun bei der Rechtsdurchsetzung. Häufig kennen Wohnungssuchende die Vormiete der Wohnung nicht und können deshalb ihr Recht nicht geltend machen. Sollte ein Mietvertrag auf Basis falscher Informationen geschlossen worden sein, wollen wir daher unter anderem einen Anspruch auf rückwirkende Rückzahlung ab Vertragsschluss durchsetzen.

Ich werde klare Kante zeigen und nicht länger hinnehmen, dass die CDU sämtliche Vorschläge, die die Situation von Mieterinnen und Mietern verbessern sollen, systematisch und stur verhindert.



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

# INTEGRATIONSGESETZ: WILLKOMMENSKULTUR KONKRET UMSETZEN

*Schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt mit „Fördern und Fordern“*

Das Ankommen in Deutschland ist für Flüchtlinge erst der Beginn eines langen Prozesses. Um einen Wohnort und Arbeit zu finden sowie die Sprache und Gebräuche in Deutschland kennenzulernen – in anderen Worten: um integriert zu sein –, benötigen Flüchtlinge Unterstützung. Dazu leistet das geplante Integrationsgesetz der Bundesregierung mit dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ einen wichtigen Beitrag.

Kern des Gesetzes ist die bessere Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Dazu entstehen 100.000 Arbeitsgelegenheiten in Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen, mit denen Flüchtlinge erste Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt sammeln. Zudem wird die

Vorrangprüfung bei Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Geduldeten dort, wo keine angespannte Arbeitsmarktlage herrscht, für drei Jahre ausgesetzt.

Zugleich stellen wir auch Anforderungen: Die Bundesländer können Flüchtlingen auf Zeit einen Wohnsitz zuweisen, um die Entstehung sozialer Brennpunkte zu vermeiden. Zudem ist die Teilnahme an

Integrationsmaßnahmen künftig verpflichtend – wer sich weigert, kann mit der Kürzung von Leistungen bestraft werden.

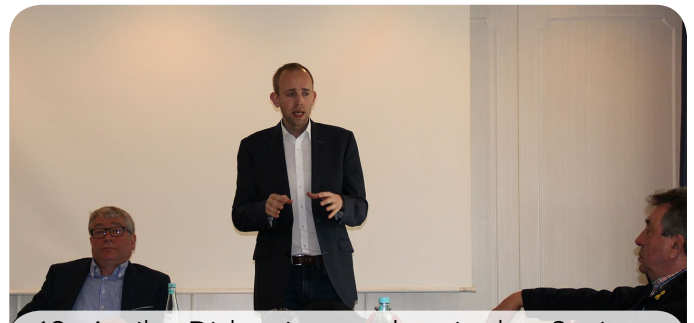


Foto: Inessa Podushko / pixelio.de





18. April - Sitzung des Beirates der EWE Baskets Oldenburg mit Vorstellung des Projekts „EWE Baskets 2020“.



19. April - Diskussionsrunde mit den Senioren der Gewerkschaft NGG über die Situation in der Rentenpolitik sowie Werkverträge.



20. April - Vortrag beim Ortsverein Eversten über den Solidarpakt für Deutschland und Diskussion über die aktuelle Bundespolitik.



22. April - Besuch des Yezidischen Forums in Oldenburg mit der Ehrenamts-Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Svenja Stadler MdB.



28. April - Beim diesjährigen „Girls‘Day“ hat mich Lena Taeger zwei Tage begleitet und an Workshops der Bundestagsfraktion teilgenommen.



04. Mai - Gespräch zur Kulturpolitik beim Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa.



11. Mai - Mit der SPD-Landesgruppe Niedersachsen-Bremen mache ich auf die bedrohliche Situation vieler Milchbauern aufmerksam.



11. Mai - Ich begrüße den Jungunternehmer Benjamin Dau aus Rastede beim „Knowhow-Transfer“ der Wirtschaftsunioren im Bundestag.



# GLYPHOSAT? NEIN!

## *SPD-Bundesumweltministerin Hendricks lehnt Wiederzulassung ab*

Glyphosat ist das weltweit meistgenutzte Unkrautvernichtungsmittel. Trotz des jüngsten Berichts, der eine Krebsgefahr durch diese chemische Verbindung verneint, bleibt die SPD bei ihrer ablehnenden Haltung. Gegen den Widerstand von Angela Merkels CDU sagen wir „Nein!“ zur Wiederzulassung von Glyphosat.

Wir wollen, dass Glyphosat zunächst an Bahnstrecken in Wohngebieten, im kommunalen Bereich und in den Gärten von Privatleuten verboten wird - Landwirte hingegen sollen mehr Zeit zur Umstellung bekommen.

Der BUND fand deswegen lobende Worte für unsere SPD-Umweltmi-

nisterin Barbara Hendricks. Denn gerade in Zeiten, in denen Europa auf dem Prüfstand steht, sind politische Haltung und Überzeugung gefragt. Das zeichnet uns Sozialdemokraten aus! In Deutschland wird Glyphosat übrigens unter dem Markennamen Roundup vom US-Agrarkonzern Monsanto vertrieben.



Foto: Marlies Schwarzin/pixelio.de

# LANGZEITKONTEN FÜR BUNDESPOLIZEI

## *SPD und GdP ziehen am gleichen Strang*

Mehr als drei Millionen Überstunden sind nach derzeitigem Stand bei den Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei angefallen. Deshalb unterstützen ich und meine Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion das Anliegen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und fordern die sofortige Einführung sogenannter Langzeitkonten.

Die Herausforderungen durch die hohen Flüchtlingszahlen im vergangenen Jahr und die anhaltend hohe Terrorgefahr erfordern dabei schnelles Handeln, um Polizistinnen und Polizisten ein angenehmes Arbeiten statt Stress und Überlastung zu ermöglichen.

Bundesinnenminister de Maizière muss die Leistung der Bundespolizei

endlich angemessen würdigen und erkennen, dass es nicht einfach so wie bisher weitergehen kann. Langzeitkonten sind dazu ein überlegtes und faires Instrument. Sie ermöglichen das Ansparen von Zeitkontingenzen, damit keine Überstunden mehr verfallen. Diese können dann in späteren Jahren abgebaut werden, um zum Beispiel mehr Zeit mit der Familie zu verbringen.

Flexible Arbeitszeiten erfordern auch flexible Möglichkeiten, sich in der Freizeit zu erholen, Konzerte und Museen zu besuchen, Sport zu treiben und Zeit für Hobbys zu finden. Dafür kämpfen SPD und GdP Seite an Seite.

## VERANSTALTUNGSHINWEIS

### **Rechtspolitisches Symposium mit Bundesminister Heiko Maas**

Vom Kampf gegen rechte Hetze im Internet bis zum Schutz vor sexueller Gewalt oder einem aufgeklärten Verständnis des Tatbestandes Mord: Die SPD setzt sich in der Regierung dafür ein, unsere Gesetze gerechter, moderner und vor allem besser für die Opfer von Verbrechen zu gestalten.

Wie kann, wie soll Rechtspolitik in Zukunft aussehen? Das möchte ich gerne mit euch und unserem **Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas**, diskutieren. Dazu leide ich euch ganz herzlich für den

**Donnerstag, 30. Juni 2016,  
um 19.30 Uhr ins  
Hotel & Gesellschaftshaus Wöbken,  
Hundsmühler Str. 255,  
26131 Oldenburg**

ein. Anmeldungen nimmt mein Büro unter 0441 - 99 86 76 01 oder per E-Mail an [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de) entgegen.

## **DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!**

### **Berliner Büro**

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 72 800  
Fax: 030 - 227 76 800

eMail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

### **Wahlkreisbüro Oldenburg**

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Huntestraße 23  
26135 Oldenburg

Telefon: 0441 - 99 86 76 01  
Fax: 0441 - 99 86 76 05

eMail: [wahlkreis@dennis-rohde.de](mailto:wahlkreis@dennis-rohde.de)

[www.dennis-rohde.de](http://www.dennis-rohde.de)  
[facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)  
[twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)